

## TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/83

Bonn, den 30. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Der Verfassungsminister

74

Höcherl bleibt dem Kabinett Erhard erhalten

Von Fritz Sänger, MdB

3 - 4

Mehr Rechte für das Europa-Parlament

71

Eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion

Von Egon Heinrich,

Assistent für Europafragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

4 - 4a

Ohne Verletzung der Objektivität ...

62

Die baden-württembergischen Wahlen und das BULLETIN

Von Herbert Bernreiter

5 - 6

Eine totgeborene Idee ?

60

Chruschtschows Führerrolle im Weltkommunismus geschwächt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

6

Die russisch-chinesische Rivalität in Afrika

26

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Verfassungsminister

Höcherl bleibt dem Kabinett Erhard erhalten  
Von Fritz Säger, MdB

"Für mich ist nichts überflüssig, was dazu dienen könnte, Klarheit über alle Fragen zu schaffen, die in Verbindung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz aufgeworfen wurden." Das sagte der Bundesminister des Innern, der bayerische Amtsrichter Hermann Höcherl, am Mittwoch im Bundestag. Dann hielt er einen Moment inne und in die kurze Stille des Hauses schlich sich das laute Denken eines Abgeordneten: "Jetzt kommt's". Aber es kam nichts. Der Minister zog nicht die Konsequenz, er trat nicht zurück; er tat nichts, was in jeder lebendigen Demokratie selbstverständliche Folge gewesen wäre, in der ein Parlament durch einen Untersuchungsausschuß so einstimmig wie in diesem Falle Versäumnisse festgestellt und Unterlassungen genannt hätte. Schließlich ging es um den Schutz der Grundrechte der Bürger, der Herrn Höcherl anvertraut ist.

Hermann Höcherl, aus vielen Wunden blutend, bleibt dem Kabinett Erhard erhalten. Wie sich das auszahlt, werden wir erleben, hoffentlich weniger geschunden als dieser Mann. Er und seine Freunde glauben, sie müßten das Amt verteidigen, wenn Beamte und wenn Methoden der Arbeit und der Aufsicht gemeint sind. Ein Dank an die selbstlose Arbeit der Beamten, die korrekt ihre Pflicht erfüllen, hat jederzeit alle Freunde der Demokratie verbunden. Er hat aber zu keiner Zeit illegale Handlungen gedeckt. Und um die geht es, um nichts anderes.

Der Abgeordnete Dorn, der FDP angehörend, Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, hatte ein lange Liste von Aussagen des Verfassungsministers vor sich als er vom Podium des Bundestages zurückrückte, was durch einen Wortschwall durcheinander gewühlt oder mit Sand überspült worden war. Aussage folgt auf Aussage, Korrektur auf Korrektur - der Minister sagte - aber die Untersuchung ergab ... Das waren peinliche Minuten, und tiefe Stille herrschte im Hause, als Dorn auf diese Weise einen amtierenden Minister wieder und wieder der Unkorrektheit überführte. Oder war das Vergehen schlimmer zu benennen?

Sechs Seiten solchen Materials nahm der Abgeordnete Dorn wieder mit auf seinen Platz, ohne sie vorgetragen zu haben. Es war wohl ge-

nug des grausamen Spiels, das hier getrieben werden mußte, weil ein Minister keinen Sinn für ungeschriebene aber gültige Gesetz des demokratischen Lebens hat.

Er wurde verglichen und verglich sich selbst mit Innenministern anderer Länder, so Kanadas und Hollands. Eine schlimme Unternehmung, den Mann an Bild demokratischer Politiker zu säubern, der "etwas außerhalb der Legalität" zu handeln bereit war und der nicht ständig das Grundgesetz unter dem Arm tragen will. Wie wenig wissen die Glagoure dieser Äußerungen vom Wesen demokratischer Haltung, die den Minister auch dann zur Übernahme der Verantwortung zwingt, wenn er mißbraucht wurde und subjektiv unschuldig ist, die dann aber alle Konsequenzen fordert.

Höcherl trägt alle und unmittelbare Verantwortung dafür, daß der Deutsche Bundestag mehrere Stunden in aller Öffentlichkeit Fehler und illegitime Handlungen einzelner erörtern mußte, die zum Schutz der Verfassung berufen waren, sie aber mißbrauchten, obwohl sie an führender Stelle verpflichtet sind.

In der Diskussion wurde gesagt, in anderen Ländern sei eine solche Aussprache zu diesem Thema des Staatsschutzes nicht möglich. Obwohl diese Behauptung falsch ist, wie die Tatsachen der Geschichte lehren, ist doch zuvor zu fragen, ob in anderen Ländern solche selbstherrlichen, illegalen Handlungen einer Behörde jahrelang vorkommen, ehe ein Innenministerium erfährt, was im Amt für den Schutz der Verfassung geschieht.

In Deutschland ist das möglich, in einem Lande, das weit mehr als jedes andere Land der freien Welt Anlaß hat, für seine Wirklichkeit besonders wach, besonders empfindlich zu sein, damit sie nie wieder in den Abgrund der Heimbücke, der Umwertung aller Werte, in das antliche Verbrechen abgleitet, in den der Notstand den Befehl rechtfertigt und der Befehl aus dem Notstand legitimiert werden soll.

+ + +

## Mehr Rechte für das Europa-Parlament

Eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion

Von Egon Heinrich,

Assistent für Europafragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Bundestag steht vor einer großen Debatte über die Europapolitik. Dabei geht es weniger um die mehrfach angekündigten, bisher aber ziemlich erfolglosen Initiativen von Bundeskanzler Erhard zur "politischen Neuformierung Europas". Es geht vielmehr um die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften; oder mit anderen Worten: um die Beseitigung eines parlamentarischen Vakuums durch Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments.

Unter den Europapolitikern herrscht allgemein großes Unbehagen über die viel zu geringen Befugnisse des Europäischen Parlaments, dem 142 von den einzelnen Nationalparlamenten ernannte Abgeordnete aus den sechs EWG-Ländern angehören. Während die Kommission und Ministerräte von EWG und EURATOM aufgrund der Automatik der Römischen Verträge immer mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten, sind die Kompetenzen des Parlaments noch genauso minimal wie zu Beginn des Gemeinsamen Marktes. Das Prinzip der Gewaltenteilung ist also auf europäischer Ebene nicht gewahrt. Im Gegenteil, mit zunehmender Machtfülle der EWG-Kommission wird das parlamentarische Vakuum immer gravierender. Es ist z.B. paradox, daß das Europäische Parlament nicht einmal über seinen eigenen Haushalt selbst beschließen kann. Vertreter aller westdeutschen Parteien fordern daher schon seit Jahren mehr Rechte für das EWG-Parlament. Bundeskanzler Erhard verlangte ein Gegengewicht zu den "Technokraten" in Brüssel. Im Gegensatz zu ihren Deklamationen hat die Bundesregierung aber kaum etwas unternommen, um ihre Ansichten durchzusetzen. Die von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge zur Erweiterung der Befugnisse des Europa-Parlaments sind unbefriedigend. Staatssekretär Gerstens vom Auswärtigen Amt lehnte im Bundestag direkte Wahlen zum Europäischen Parlament aus formaljuristischen Gründen ab. Auch hat die Bundesregierung bisher trotz des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages es nicht vermocht, den französischen Widerstand gegen größere Parlamentsrechte zu brechen.

In dieser Situation hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt zwei Anträge im Bundestag eingebracht. Der erste Antrag fordert die Bundesregierung auf, in den Ministerräten dafür einzutreten,

- 1) daß der Ministerrat eine abweichende Haltung gegenüber den einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit gefaßten Beschlüssen des Europäischen Parlaments vor dem Europäischen Parlament begründet und daß dann eine erneute Stellungnahme des Parlaments erfolgt;
- 2) daß abweichende Beschlüsse der beiden Organe gegebenenfalls in einem paritätisch besetzten Ausschuss mit dem Ziel der Einigung beraten werden.

Ziel dieses Antrages ist es, zu verhindern, daß der Ministerrat wie bisher die Beschlüsse des Europäischen Parlaments einfach umstößt oder überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Bei einstimmigen oder qualifizierten Mehrheitsentscheidungen des Europa-Parlaments soll vielmehr ein sogenannter Avis conforme, also ein gleichförmiges Verhalten von Parlament und Ministerrat erreicht werden. Das Parlament würde dann

nicht mehr, wie in der Vergangenheit, vom Ministerrat ständig desavouiert. Außerdem würde der Ministerrat dadurch gezwungen, vor der Methode der geheimen Kabinettsbeschlüsse abzugehen und seine Entscheidungen in öffentlicher Sitzung vor dem Parlament zu motivieren. Der Ministerrat als das gesetzgebende Organ der EWG übt legislative Befugnisse hinter verschlossenen Türen aus. Das widerspricht allen demokratischen Prinzipien und gibt den nationalen Regierungen die Möglichkeit, sich hinter der EWG zu verschanzen.

Im zweiten Antrag der SPD-Fraktion wird ein Weg vorgeschlagen, wie das Europäische Parlament maßgebend an der Verabschiedung der Haushaltspläne der Europäischen Gemeinschaften beteiligt werden kann. Der Antrag sieht vor, daß der Ministerrat die vom Europäischen Parlament beschlossenen Änderungen des Haushaltsplans nur einstimmig ablehnen kann. Ferner soll das Parlament vom Ministerrat konsultiert werden, wenn dieser von dem Entwurf des Parlaments abweicht. Über den Haushaltsplan muß der Ministerrat nach dem EWG-Vertrag nämlich nicht einstimmig, sondern nur mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, den französischen Widerstand gegen die Beteiligung des Europäischen Parlaments zu umgehen. Denn die Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Länder verfügen im Ministerrat zusammen über die qualifizierte Mehrheit. Wenn Bundesregierung und Koalitionsparteien ihre Europabekennnisse ernst meinen, dann müssen sie die Anträge der SPD-Fraktion unterstützen. Da die FDP ebenfalls einen Antrag zur parlamentarischen Kontrolle der Europäischen Organe vorgelegt hat, darf mit einer interessanten Bundestagsdebatte gerechnet werden.

+ + +

Ohne Verletzung der Objektivität ...

Die baden-württembergischen Wahlen und das BULLETIN

Von Herbert Barneitinger

Am Wahlergebnis in Baden-Württemberg ist, das Präsidium der SPD hat dies am Tage nach der Wahl mit aller Deutlichkeit erklärt, nicht viel heranzudeuteln: Die Sozialdemokraten haben zwar gegenüber der Landtagswahl 1960 300.000 Stimmen und drei Mandate und als einzige Partei sogar gegenüber der Bundestagswahl 1961 an Stimmen gewonnen, aber sie erreichten nicht ihr Ziel, die Mehrheitsverhältnisse in deutschen Südwesen entscheidend zu ändern.

Im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, von dem man seit den Vorgängen um die Passierscheinfrage nicht immer genau weiß, wer in wessen Auftrag und mit wessen Willen zu schreiben hat, ist man dagegen daran gegangen, in die Wahlergebnisse Dinge hineinzudeuten, die - objektiv betrachtet - einfach nicht drin sind.

Nur so ist jener Artikel im BULLETIN des Presse- und Informationsamtes zu beurteilen, der den Wahlausgang so darzustellen versucht, als habe in Baden-Württemberg ein Zweikampf zwischen Ludwig Erhard und Willy Brandt stattgefunden, als sei der Wähler in Südwesdeutschland einfach vor die Alternative Brandt oder Erhard gestellt gewesen. "Ohne

Verletzung der Objektivität darf man behaupten, daß Bundeskanzler Erhard in Baden-Württemberg ein weit größeres Vertrauen genießt als sein Gegenkandidat für die kommenden Bundestagswahlen, Willy Brandt." Kanzler Erhard habe von den neun Wahlkreisen, die diesmal von der SPD an die CDU gingen, nämlich sechs besucht. Der Bundeskanzler sei in insgesamt dreißig Städten Baden-Württembergs gewesen: "Überall lag der Zuwachs der CDU weit über dem durchschnittlichen Gewinn der CDU in Höhe von 6,7 v.H." Dies ist nichts anderes als eine glatte Erfindung eines weder der Wahrheit und Sachlichkeit, geschweige denn der Objektivität verpflichteten Propagandisten der CDU, der aber offensichtlich aus Steuergeldern honoriert wird.

Es ist nötig, in allen Städten nachzuforschen, ob die Stimmenzunahmen der Parteien auf Erhard, Brandt oder Mende zurückgehen. Nachzuprüfen ist dies ohnehin nicht ohne weiteres, da die Wähler nicht mehr Rede und Antwort stehen. Tatsache ist es aber auch, daß es eine ganze Reihe von Städten - und nicht die kleinsten - sind, die den Erhard-Besuch keineswegs in der vom BULLETIN gefeierten Art und Weise quittierten. Um nur einige Beispiele zu nennen: In Heilbronn nahm die CDU nur um 2,7 Prozent zu, in Heidenheim an der Brenz, wo Erhard nicht nur zum Bundestag kandidiert, sondern auch seit November 1963 CDU-Mitglied ist, stagnierte die CDU bei 42,5 Prozent, in Offenburg machte die CDU nur etwas über drei, die SPD aber fast zehn (!) Prozente gut, in Freiburg gingen die Christlichen Demokraten mit dem bisherigen Innenminister Dr. Filbinger um etwas mehr als fünf Prozent, die Sozialdemokraten mit ihrem jungen Kandidaten Dr. Schieler aber um 10,1 v.H. auf 42,9 Prozent in die Höhe.

Das BULLETIN ließ sogar den baden-württembergischen Landtagspräsidenten Dr. Franz Gurk (Wahlkreis Bruchsal) tönen: "Ich möchte darauf hinweisen, daß er (der Kanzler) zum Beispiel in der Stadt Bruchsal, die zu meinem Wahlkreis gehört und etwa 25 000 Einwohner hat, eine Zuschauerzahl auf offenem Markt von 3 000 Menschen fand. Mehr war nicht zu bieten und wurde meines Wissens in der ganzen Geschichte dieser Stadt nicht erreicht. Erhard hat einen Siegeszug durch das ganze Land hinter sich gebracht ..." Das Wahlergebnis liest sich allerdings etwas anders: CDU 55,2 (bisher 54,6) v.H., SPD 39,6 (bisher 34) v.H. der Stimmen! Wo bleibt da der Siegeszug?

Wenn man mit den Maßstäben des BULLETIN und des Landtagspräsidenten an das Wahlergebnis gehen wollte, könnte man darauf hinweisen, daß die CDU im Wahlkreis Bruchsal trotz Erhard-Besuch stagnierte, während die SPD eine überdurchschnittliche Zunahme zu verzeichnen hatte. Willy Brandt hatte nämlich Bruchsal ebenfalls besucht und dabei ebenfalls etwa 4 500 bis 5000 Besucher zu verzeichnen gehabt. Aber wie gesagt, auch die Rechnung Brandt-Besuch = überdurchschnittliche Stimmenzahl wäre kaum richtiger als die Milchmädchenrechnung aus dem Presse- und Informationsamt.

+ + +

30. April 1964

### Eine totegeborene Idee ?

Chruschtschows Führerrolle im Weltkommunismus geschwächt  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Chruschtschows Plan, China auf einer großangelegten Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien endgültig zu verdammen und damit in der Verbreitung seiner politischen Ideen zu beschränken, dürfte in diesen Tagen bereits zu Grabe getragen worden sein. Nicht nur, daß sich manche der asiatischen Parteien von dem in Aussicht gestellten Pannfluch nicht einschüchtern ließen und Peking keineswegs die Bündnistreue kündigten, nahmen sogar einige der in der Sache zu Moskau neigenden Parteien gegen Chruschtschows neue Taktik Stellung. Nach den starken Vorbehalten wie sie von der KP Italiens und Polens bereits offiziell und der Jugoslawiens inoffiziell geäußert worden sind, die Rumänen dürften zweifellos mit einer ähnlichen Stellungnahme bald folgen, wird Chruschtschows Trumpfkarte kaum noch stechen. Chruschtschow hat mit seinen neuesten antichinesischen Zug somit eigentlich nur unter Beweis gestellt, daß seine Führungsrolle in der kommunistischen Welt heute um vieles schwächer ist, als es der sowjetisch-chinesische Zwist ohnehin tagtäglich offenbart.

Der interessanteste Aspekt dieser Entwicklung ist, daß sich Chruschtschow damit in seiner antiogmatischen Auseinandersetzung mit China innerhalb Osteuropas - mit Ausnahme des Ungarn Kadar und bis zu einem geringeren Ausmaße auch des Bulgaren Schiwkoff - somit auf Kräfte stützen muß, die wie Ulbricht und Novotny mit zu den konservativsten Vertretern im Lager des Weltkommunismus gezählt werden müssen. Ihre vorschnelle Zustimmung zu dem neuen Chruschtschowskurs dürfte teilweise von der Erwägung diktiert gewesen sein, sich damit nach innen abzusichern. Der politische Wert der Prag-Pankower Ergebenheitsbekundungen wird damit jedoch recht fragwürdig.

Gomulka und Tito dagegen, deren Unterstützung für Chruschtschow nicht nur von moralischer Bedeutung gewesen wäre, haben dem Krawallchef keinen echten Beistand gewährt. Gomulka hat selbst in Moskau seine "Zustimmung" zur Idee einer Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien an solche Bedingungen geknüpft, die praktisch einer Absage gleichen. Tito wiederum - wie überhaupt die jugoslawische Partei - hat sich zu dem Vorschlag vorläufig überhaupt nicht geäußert. Intern jedoch hört man in Belgrad bedeutende Vorbehalte gegen die Konferenzidee. Nach jugoslawischer Ansicht liegt dem sowjetisch-chinesischen Konflikt ein tiefer historischer Prozeß zugrunde, der seine Wurzeln in den wirtschaftlich-sozialen Gegebenheiten der verschiedenen Entwicklungsgrade der beiden Länder hat. Daraus folgt, daß man die politischen Differenzen nicht auf einer Schaukonferenz mittels schablonierter Resolutionen lösen dürfe und solle. Hat man doch in Jugoslawien die am eigenen Leibe gemachten Erfahrungen mit solchen Lösungen nicht vergessen. Die Akzeptierung einer "Exkommunizierung" Chinas würde noch nachträglich auch den 1948 durch einen fragwürdigen Mehrheitsbeschluß zustande gekommenen Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform gutheißen.

So verschieden auch die Motive der jugoslawischen, polnischen und rumänischen Kommunisten für die Skepsis gegenüber der Konferenzidee sein mögen, in der Beurteilung der Folgen scheinen sie sich weitgehend zu treffen: ein Ausschluß Chinas müßte die Kommandorolle Moskaus stärken und damit die Bewegungsfreiheit der osteuropäischen Staaten erneut einschränken. Das mag Belgrad, im Gegensatz zu Warschau und Bukarest, am allerwenigsten beunruhigen, da seine außenpolitische Position auch



nach der Bereinigung seiner Probleme mit der Sowjetunion weitgehend unverändert geblieben ist.

Für Belgrad steht jedoch auf dem Spiel, daß seine Position in der afro-asiatischen Welt als Folge eines offiziellen Bruchs zwischen Moskau und Peking in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Weiß man doch, daß der sowjetisch-chinesische Streit die Frage nach den besseren Entwicklungsmethoden einschließt, wozu die afro-asiatischen Staaten in irgendeiner Form Stellung beziehen müssen. Und eben ein offener Bruch würde weder diese Stellungnahme noch die politische Situation in diesem Teil der Welt erleichtern.

\* + \*

### Die russisch-chinesische Rivalität in Afrika

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ben Bellas Reisen nach Moskau, Sofia, Prag und Kairo stehen unmittelbar nach dem ersten PLK-Kongreß im Zeichen der Rivalität zwischen Moskau und Peking in Afrika.

Die chinesischen Infiltrationsversuche auf dem Schwarzen Kontinent lassen sich vorläufig mit dem materiellen Gewicht der sowjetischen Hilfe noch nicht vergleichen.

Kein Zweifel, die Sowjets würden sich in ihren Anstrengungen gegenüber Afrika weniger beeilen, wenn sie nicht unter dem Druck der chinesischen Konkurrenz stünden. Tschu En-lais Afrikareise war für den Kreml bereits ein deutliches Warnsignal. Die sowjetische Algerienhilfe ist jedenfalls weitaus größer als die bisherigen chinesischen Angebote. Ein weiterer Pluspunkt für Chruschtschow ist die Tatsache, daß die Algerier das Moskauer Atomstoppabkommen unterzeichnet haben und die sowjetische These von der "friedlichen Koexistenz" billigen.

Das Ringen zwischen Moskau und Peking um Einfluß in Afrika und insbesondere um die Schlüsselstellung Algerien ist hart. Dennoch ist der wirtschaftliche Einfluß Frankreichs auf dem Schwarzen Kontinent trotz politischer Entkolonialisierung nach wie vor stark. In die freiwerdenden Positionen Afrikas versuchen die kommunistisch regierten Staaten Osteuropas einzudringen, allerdings mit unzureichenden wirtschaftlichen Möglichkeiten und belastet durch das Schisma zwischen Chruschtschow und Mao.

Wo bleibt bei all dem Afrikas nächster Nachbar: die EWG? Eine Reihe von Assoziationsverträgen wurden abgeschlossen, die politische Initiative aber fehlt, gerade von seiten der Deutschen Bundesrepublik, die in Afrika guten Ruf hat, aber fast unsichtbar bleibt.

+ + +